

RUNTER MIT DEN HÜTEN!

Nr. 44 29. Mai 1969 10 Pf

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung
universität bochum und klinikum essen

Studentenschaft
-international



Widerstand in Berkeley (s. S. 2)

USA

Berkeley:
Am 15. 5. setzte Ronald Reagan, ehemaliger Filmschauspieler (Werbung à la Mr. L) und der zeitiger Gouverneur von Kalifornien, gegen die für Rassenungleichheit streikenden Studenten der Universität Berkeley Polizisten und Nationalgardisten ein. Diese kreisten mit aufgepflanztem Bajonett die Demonstrationen ein und verhafteten 496 von ihnen. Die Studenten hatten gegen den Tod eines Kommilitonen demonstriert, der während der Kämpfe der letzten Wochen erschossen worden war.
Über die Stadt wurde von 22 bis 6 Uhr (Ortszeit) Ausgangssperre verhängt.

An amerikanischen Universitäten studieren nur 2 Prozent Neger, während der Anteil der Neger an der Bevölkerung 10 Prozent beträgt. — Die Vietnam-Armee besteht zu fast 50 Prozent aus Negern.

Greensboro:
Unterstützt von Hubschraubern, die massenweise Tränengas und Rauchbomben abwarfen, und Panzerwagen, gingen am 22. Mai 600 Nationalgardisten mit aufgepflanztem Bajonett gegen die Studenten der North-Carolina Art University vor. Sie hätten Order, die Gebäude zu räumen, da in der vorhergehenden Nacht bei einem Schußwechsel zwischen Polizei und Studenten 5 „Gesetzhüter“ (Fortsetzung S. 2)

Tübingen

Die Wahlen zum Tübinger Studentenparlament brachten für die Linke eine große Mehrheit: Der SDS erhielt 22,8 Prozent der Stimmen, die HSU 20 Prozent, der SHB 11,1 Prozent und der linksorientierte Europäische Föderalistische Studentenbund 5,8 Prozent. Mit weiteren sieben Parlamentsmitgliedern, die von den studentischen Fakultätsräten gewählt wurden, kamen noch vier SDS-Mitglieder ins Studentenparlament.

Die Rechte (HTS und RCDS) erhielt nur knapp 41 Prozent der Stimmen.



Demokratie statt Polizeiherrschaft!
Kollektive Forschung statt Ordinarienpuzzelei!
Wissenschaft statt Sterndeuterei!

Als etwa 400 Studenten in Bonn in einem teach-in über die bevorstehende Wahl des Rektors diskutieren wollten, verweigerte der Rektor ihnen den Zutritt zu dem vorgesehenen Hörsaal mit dem Argument, daß nicht gewährleistet sei, daß der Hörsaal zur nächsten Vorlesung wieder frei sei. Daraufhin begaben sich die Studenten zum Rektorat, um dort mit dem Rektor über dessen Entscheidung zu sprechen. Als er sich nur in Ausflüchten beging, besetzten sie kurzerhand das Rektorat. Daraufhin griff der Rektor zum „Polizeiknüppel“.

Die Polizei machte ausgiebig vom Schlagstock Gebrauch, wobei mehrere Studenten verletzt wurden.

Herr im Haus war dann auch die Polizei bei der Wahl des Rektors: Nur unter dem Schutz der Schlagstöcke konnte der Neurologe Prof. Hans-Jörg Weitbrecht zum Rektor gewählt werden. Daß dabei Hannes Heer (SDS) wieder einmal verhaftet wurde, ist nicht verwunderlich, haben sich doch Universitätsbürokratie und Polizei inzwischen auf sein „Gesicht“ eingestellt bzw. eingeschlagen.

Als eine „politische Fehlentscheidung ersten Ranges“ (wegen eigentlich?) bezeichnete der Vorsitzende der Bundesassistentenkonferenz, Peter Fischer-Appelt, auf dem anschließenden Hearing, an dem Vertreter der Polizei, der Universitätsbürokratie und der betroffenen Studenten teilnahmen, die Maßnahmen des Rektors.

Augenzeugen berichteten, daß die Polizei unangemessen hart vorgegangen sei, obgleich die Studenten keinerlei Widerstand entgegengesetzt hätten. Diese Darstellung konnte vom Einsatzleiter nicht bestritten werden.

Aus Protest gegen den Polizeieinsatz sind die Bonner Politologen inzwischen in den Streik getreten.

Die Wahl des Rektors wurde von mehreren Studenten mit der Begründung angefochten, daß unter dem Druck des „Polizeiknüppels“ eine freie Wahlentscheidung nicht möglich sei.

Daß sich in letzter Zeit die Beschwörungen, studentische Forderungen nach Demokratisierung der Hochschulen gefährdeten die Forschung, besonders von seiten naturwissenschaftlicher Ordinarien verstärken, kommt nicht von ungefähr: Bereits 1964 forderte der westdeutsche Industrieverband Chemie den Eingriff, die Kontrolle und die Finanzierung eines profitorientierten Forschungsbetriebes durch den Staat: „Läßt sich nicht klar erkennen, ob ein bestimmtes Forschungsvorhaben bei angemessenem finanziellen Aufwand innerhalb eines nicht zu langen Zeitraumes durch seine gewinnbringende Anwendung in der Bilanz des Unternehmens einen positiven Niederschlag finden wird, dann ist eine solche Forschung der Privatwirtschaft nicht zuzumuten.“

Wie groß das Kapitalinteresse an der in diesem Sinne funktionierenden „Zusammenarbeit“ von Forschern, Technikern etc. ist, zeigt die Tatsache, daß aus dem Euratom-Forschungszentrum Ispra (It.) rund 400 Techniker und Angestellte entlassen werden sollten, da die Zusammensetzung des Forschungsstabes den Kapitalisten nicht geeignet schien, die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens effektiv zu realisieren. Die Solidarität der aus verschiedenen europäischen Ländern kommenden Forscher, Techniker und Angestellten, die sich in einer Besetzung ihrer Arbeitsstellen ausdrückte, verhinderte jedoch die schon teilweise durchgeführte „Rationalisierung“ — sprich: Personalschränkung.

Hier zeigte sich, daß eine Forschungsgemeinschaft sich einer Unterwerfung unter eine Kommissionsentscheidung widersetzt, da sie die wissenschaftliche bzw. gesellschaftliche Notwendigkeit dieser Entscheidung nicht gegeben sah. Die „Rationalisierung“ der Hochschule, sprich: Hochschulgesetze nach ähnlich orientierten Gesichtspunkten wie oben, läßt sich nur verhindern, wenn sich speziell Studenten, Assistenten, Angestellte und Professoren an der RUB, allgemein an allen deutschen Hochschulen solidarisieren, um den Initiatoren des Hochschulkorsetts die ihnen fehlende Massenbasis zu demonstrieren.

NOAM CHOMSKY,

41jähriger Professor der Linguistik am Massachusetts Institute of Technology, repräsentiert wie kein zweiter den Typ des modernen Wissenschaftlers. In dem er in seinem Buch „Aspekte der Syntax-Theorie“ (Suhrkamp) eine umfassende allgemeine Theorie sog. „natürlicher Sprachen“ entwarf, wurde er zum Vater der generativen Grammatik, die ein qualitativ neues Stadium des Strukturalismus eröffnet hat: das Studium der technischen Anwendbarkeit (Übersetzungsmaschine).

Noam Chomsky repräsentiert jedoch nicht nur diesen Typ von Wissenschaftler: Er repräsentiert ebenso den Typ, der seine Wissenschaft nicht als Fachdiot betreibt, denn er wendet seine Intelligenz nicht allein auf die (mathematische) Analyse von Sprachstrukturen an, sondern ebenso sehr auf die Analyse von Sozialstrukturen.

Ein solches Verfahren führte ihn zum sog. „Linksradikalismus“, d. h. zu einem revolutionären Sozialismus. Den Übergang zeigen deutlich seine jüngsten Veröffentlichungen wie „Language and Mind“ (1968)

und „American Power and the New Mandarins“ (1969).

Zur Zeit nimmt Chomsky am Stockholmer Vietnam-Kongreß teil, der sich mit den Kriegsverbrechen der USA in Vietnam befaßt. (An diesem Kongreß nimmt u. a. auch die Delegierte der Nationalen Befreiungsfront zu den Pariser Verhandlungen, Frau Nguyen Thi Binh, teil.)

Chomsky sprach sich in Stockholm für die Organisation einer breiten „radikalen“ (sic!) anti-imperialistischen Bewegung in den USA aus und befindet sich damit in einer Front mit den rebellierenden Studenten und Negern (vgl. S. 2).

Kommilitonen, fragt doch einmal unsere Bochumer „Strukturalisten“, die Koch, Grosse, Link, Singer, Blattmann & Co., warum sie so sehr auf den „Syntax“-Chomsky schwören, daß sie seinen Namen zumindest ständig im Munde führen, um ihrer Philologie damit einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben, den „Stockholmer“ Chomsky dagegen mit Schweigen übergehen!

Fragt sie doch einmal, ob sie Chomsky am Ende gar für schizophoren halten!

SDS-Wochenendseminar:
14./15. 6.: 10.00 h, Baracke 9

Sozialkampagne:
2. 6.: 19.00 h, Baracke 8, Zimmer 7
5. 6.: 18.00 h, Baracke 8, Zimmer 7

Der Augen Wille:

Durst
löscht
man
mit
Schlegel

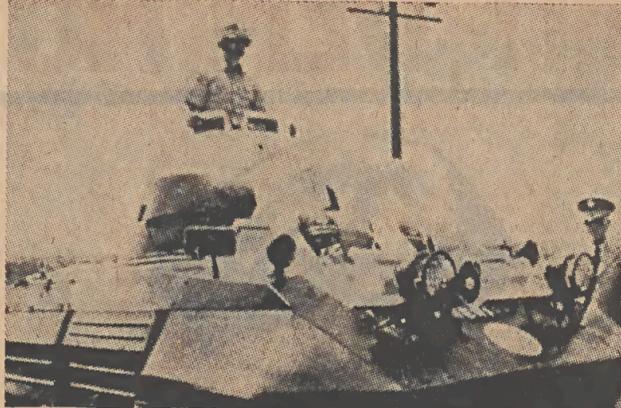


WESTFALENBANK
IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle Ruhr-Universität
 Lennerhofstr. 70
 Tel.: 511315

Zweigstelle Bochum-Querenburg
 Overbergstr. 7
 Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen.
WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum
 Huestraße 21-25



Nicht nur für Männer!

Für alle Kenner

FIEGE PILS

REALBREWERY MORITZ FIEGE BOCHUM SEIT 1878

Studentenschaft

-international

(Fortsetzung von S. 1)

ter“ verwundet worden waren. Bei der Räumung wurden „One 30-caliber machine gun, six M-1 rifles and one Springfield rifle“ „sichergestellt“.

In der ganzen Stadt bezogen die Nationalgardisten Stützpunkte. Pennsylvania State University: Erste Kämpfe brachen auf dem Campus der Universität aus, als Mitglieder des SDS (Students for Democratic Society) aus Protest gegen den Tod des Kommilitonen von Berkeley eine US-Flagge herunterholten. Seattle Community College: 500 Studenten, darunter viele Mitglieder der Black Students Union und des SDS, versuchten am 23. Mai, den Hauptzweig des Colleges zu besetzen. Es kam zu heftigen Kämpfen mit der Polizei, bei denen mehrere Studenten verhaftet und verletzt wurden.

Wilberforce: 500 Negerstudenten der Central State University beschwerten sich darüber, daß ihre Universität eine „heruntergekommene (rundown) Erziehungsanlage“ sei. Sie demonstrierten „orderly but emotional“.

Kommilitonen, sollte euer Professor noch einmal damit drohen, bei Drittparität nach den USA auszuwandern, empfiehlt ihm die obengenannten Universitäten.

Argentinien

(Bevorzugtes Reiseziel von Altbundeskanzler und derzeitigem Vertreter der Argenta-Investment-Gesellschaft, Ludwig Erhard)

Nachdem an der Universität Corrientes infolge einer Verschärfung der Mensa an private Pächter der Preis für das Essen von 25 auf 57 Pesos kletterte, gingen die Studenten auf die Straße. Die Polizei schützte die „freie Wirtschaft“ mit Gewehrfeuer. Dabei wurde unser Kommilitone Juan José Cabral erschossen.

An fast allen Universitäten des Landes kam es zu machtvollem Solidaritätsdemonstrationen. Bei den Kämpfen wurden mindestens 3 Studenten erschossen, über 200 verletzt und über 100 festgenommen.

Nachdem in Rosario bei den Kämpfen ein fünfzehnjähriger Jugendlicher erschossen worden war, riefen die Gewerkschaften der Stadt zu einem zweitägigen Proteststreik auf und berieten über einen Generalstreik. Die Armee warnte die Gewerkschaften und erklärte, daß sie den Streik nicht dulden werde. Sie verhängte über die Stadt das Kriegsrecht.

In allen Teilen des Landes wurden Polizei- und Sicherheitskräfte der Armee unterstellt. Am 18. 5. schlossen die argentinischen Behörden die Universität in Corrientes auf unbestimmte Zeit, die in Rosario, Santa Fé und La Plata für mehrere Tage. In den zwei noch geöffneten Universitäten wurden Vorlesungsstreiks ausgerufen.

Venezuela

(Erdölhaltige Halbkolonie der USA, die neuerdings von einer christdemokratischen Regierung, die „progressive“ Bischöfe in den Dschungel zur Bekehrung von Guerilleros aussendet, geführt wird)

In Mérida demonstrierten am 14. 5. die Studenten der Universität Los Andes für Reformen an der Hochschule sowie aus Solidarität mit ihren Kommilitonen von der Staatsuniversität Carabobo, die sich im Hungerstreik befinden. Dabei erschöß die christliche Polizei auf höchst dieselbe christliche Weise einen Kommilitonen und verwundete vier weitere. Daraufhin kam es in fast ganz Venezuela zu Protestkundgebungen der Studenten und Schüler, bei denen die Polizei erneut auf die diesmal bewaffneten Studenten schoß. In Barquisimeto wurden 16 Studenten verwundet. Einen davon traf die Polizei in den Rücken, als er vor ihr flüchtete.

Biafra

(Seit über zwei Jahren für seine Unabhängigkeit gegen britische Imperialisten und sowje-

tische Revisionisten, die sich in seine Ölquellen verliebt haben, kämpfendes Land. Die westdeutschen Interessenten wechselten in realistischer Einschätzung der Kriegslage von Biafra zu Nigeria über. Reflex der rechtsliberalen FAZ: sie entdeckte plötzlich, daß es in Nigeria noch mehr Christen gibt als in Biafra. Hier sind die meisten allerdings schon verhungert.)

Eine Delegation von vier Kommilitonen aus Biafra besucht z. Zt. die westdeutschen Universitätsstädte, um mit dem VDS, den Studentenorganisationen und Studentengemeinden Kontakte aufzunehmen.

Bei ihrer Ankunft in Hamburg berichteten sie vor Jungsozialisten über die Aktivitäten der biafranischen Studenten während der vergangenen vier Semester: da die Universitäten Nsukka, Enugu und Port Harcourt von nigerianischen Söldnern besetzt sind, organisierten sie Flüchtlingslager und Hospitäler im Urwald und bauten hinter der Front auf nigerianisch besetztem Gebiet Biafras eine Guerilla-Organisation auf.

Eine solche biafranische Guerilla-Einheit faßte am 15. 5. eine Gruppe von Erdöl-Ingenieuren der italienischen ENI (sie bestand aus 24 Italienern, zwei Libanesen und drei Westdeutschen von einer Tochtergesellschaft der Düsseldorfer Beton- und Monierbau AG):

Solche Ingenieure marschieren nämlich hinter den nigerianischen Söldnern her, um in besetzten Gebieten sofort mit der Ölausbeute beginnen zu können. Die 29 scheinen diesmal zu früh gekommen zu sein.

Die Informationen unserer Kommilitonen über den revolutionären Volkskrieg in den besetzten Gebieten sind deshalb so wichtig, weil sie von unserer servilen Presse glatt unterschlagen werden.

Übrigens: Für die biafranische Delegation fanden sich keinerlei Mittel aus staatlichen Jugendfonds der BRD. Erdöl ist eben wichtiger als Christentum.

Niederlande

(EWG-Partner, der bei den Währungskämpfen der Großen auf jeden Fall der Dumme ist.)

Mehrere hundert Studenten besetzten am 20. 5. die Universität Amsterdam, um ihrer Forderung nach Mitbestimmung gegenüber der reaktionären Universitätsleitung Nachdruck zu verleihen. In Kämpfen mit der Polizei, die die Studenten aus der Universität vertreiben wollte, was aber nicht gelang, gab es fünf Verletzte. Nachdem Regierung und Stadtparlament die Anerkennung der studentischen Forderung „angedeutet“ hatten, räumten die Studenten die Universität. Sie mußten aber sehr schnell einsehen, daß dies nur eine Finte war. Daraufhin besetzten einige von ihnen erneut ein Universitätsgebäude. Seitdem bewachen Ordnungshüter das Verwaltungsgebäude, das Amphitheater und die Bibliothek der Universität.

Griechenland

(Diesmal schreiben wir nichts über Papalékas.)

Vier pensionierte Generale traten am 20. 5. ihr Amt als Regierungskommissare in Universitäten und höheren Schulen an. Sie sind beauftragt, über Ruhe und Ordnung zu wachen. Notfalls können sie Professoren ihres Amtes entheben und Studenten und Schüler bestrafen, die gegen die herrschenden Bestimmungen verstoßen. — Diese Posten waren vorgesehen in der „neuen Verfassung“, die im Referendum des letzten Septembers angenommen worden war. Zu 18 Jahren Zuchthaus wurde am 23. 5. Dr. Vassilis Filias (Soziologe) von einem Athener Militärsondergericht verurteilt. Zu 12 Jahren Zuchthaus wurde der Student Angelitis verurteilt.

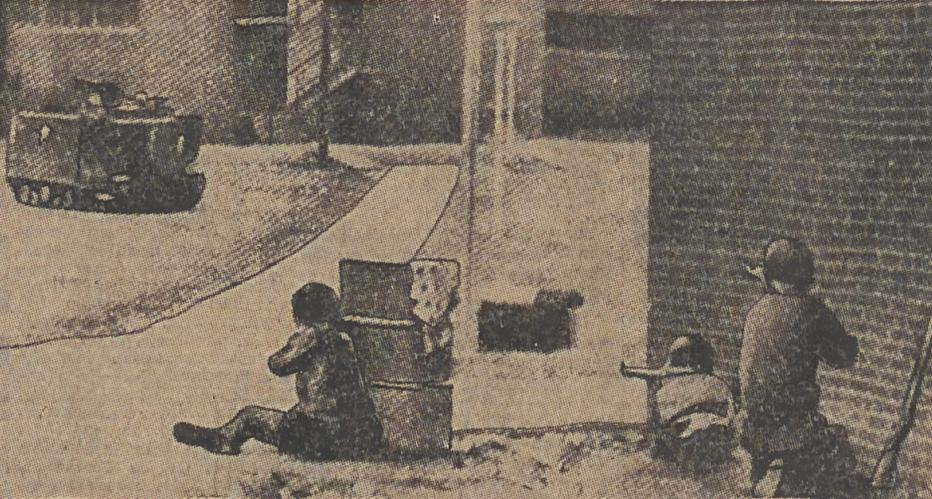
Die Angeklagten, verhaftet bereits im vergangenen Jahr, waren beschuldigt der umstürzlerischen Tätigkeit, des Ungehorsams gegenüber militärischen Befehlen und antinationaler Propaganda.

An solchen Polizei-Panzerwagen verdienten die Konzerne Millionen Dollar

600 Nationalgardisten hatten letzte Woche in Berkeley Einsatz, unterstützt von Hubschraubern und Panzerwagen. — Heute kontrollieren 1200 die Stadt.



1968: Nationalgardisten üben für den Ernstfall



Widerstand in Berkeley

Heute wissen die Studenten und Neger in den USA, wie sie den Imperialismus im eigenen Land bekämpfen müssen: mit der Schaffung einer breiten antiimperialistischen Front. Unsere Bilder zeigen, was der Gegner in Vietnam gelernt hat: zur Niederhaltung der Opposition bedarf es einer Bürgerkriegsarmee, die ohne Skrupel jederzeit einsetzbar ist.



Nationalgardisten im Tränengaseinsatz

Beschießung eines Studentenheimes

West-Berlin

Nachdem der Jura-Professor Quaritsch (ehemals Bochum) mit Eiern und Kartoffeln bombardiert worden war, weil er Namen von Studenten zur Einleitung von Hausordnungsverfahren weitergeleitet hatte, beschloß die juristische Fakultät der FU Ausweiskontrollen, die am Eingang des Fakultätsgebäudes (notfalls unter Polizeischutz) durchgeführt werden sollen.

Das „Experiment“ am Otto-Suhr-Institut der FU ist gescheitert, nachdem sich bei der letzten Sitzung des Institutsrates gezeigt hatte, daß die liberalen Professoren nicht bereit sind, den Widerstand gegen die Polizeiherrschaft und die Berliner Senatsbürokratie fortzuführen. Eifrigen Gebrauch von ihren Schlagstöcken machten die Berliner Polizisten am 23. 5., als 3000 Studenten und APO-Mitglieder eine Solidaritätskundgebung für die streikenden Ingenieurstudenten veranstalteten.

Darmstadt (TH)

2000 Studenten beschlossen am 20. 5., die Technische Hochschule Darmstadt aktiv zu bestreiken. Seitdem sind alle Universitätsveranstaltungen zu Streikveranstaltungen gemacht worden, in denen über den Kampf gegen das hessische Universitätsgesetz diskutiert wird.

Diskussionsgruppen klären täglich die Bevölkerung der Stadt über Sinn und Zweck des Streikes auf. Außerdem ist es in Darmstadt zum ersten Mal gelungen, ein gemeinsames Vorgehen von Studenten und Ingenieurstudenten zu praktizieren. An Hochschulgebäuden, auf Treppen und Straßen, wurden Streikplakate angebracht und Parolen mit Farbe angeschrieben.

Der Streikrat, bestehend aus den sieben Fakultäten und dem AstA, informiert die Studenten laufend in Streikzeitungen über das Geschehen.

Kiel

Mit großer Mehrheit (71 Prozent) sprachen sich die Studenten der Kieler Universität in einer Urabstimmung dafür aus, die Uni in der Zeit vom 2. — 9. Juni zu bestreiken.

Damit unterstütze die Mehrheit der Kieler Studentenschaft die Vorschläge des AstA, der als Maßnahmen gegen die Hochschulgesetzvorlage der CDU/FDP-Landesregierung und den Staatsvertrag über das Ordnungsrecht den aktiven Streik und die Organisation des Widerstandes in der Universität gefordert hatte.

Beide Gesetzesvorlagen will der Landtag am 9. Juni in erster Lesung behandeln.

Für diesen Tag ist ein Marsch der Studenten zum Landtag geplant, an dem Studenten und Ingenieurstudenten aus ganz Schleswig-Holstein und Niedersachsen teilnehmen wollen.

Frankfurt

Mit Berufung auf seine Dienstaufsicht über den AstA hat der Frankfurter Rektor (und derzeitige WRK-Vorsitzende) Rüegg versucht, auf dem Verwaltungswege (Streichung der 1 DM Sozialbeitrag für die Zeitschrift), ein weiteres Erscheinen des „DISKUS“ zu unterbinden. Anlaß bot ihm die publizistische Unterstützung der Basisgruppe sowie ein Aufruf zur Organisation des Widerstandes gegen die Hochschulgesetze.

Zeitschriften, die die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ vertreten, wie „student“ (großzügig durch Mercedes-Benz abgesichert) und „Deutscher Studentenanzeiger“ haben es da leichter und können mit Riesenaufgaben (60 000 bzw. 41 000) gratis unter Studentenvolk gemischt werden.

Wer hat wohl der BSU ihre kostspielig aufgemachte Wahlzeitung „alternativ“ bezahlt?

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107

Telefon 1 43 36

Service Verkauf Ersatzteillager

Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

Zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung (II)

Arbeitspapier der Betriebsprojektgruppen im SDS auf der Arbeitskonferenz Frankfurt

4. Bei der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung in der BRD kommt den am wenigsten integrierten Gruppen in der Arbeiterschaft, den ausländischen Arbeitern, den Lehrlingen, Jungarbeitern und den intellektualisierten Arbeitern besondere Bedeutung zu.

Die Ausbeutung der Arbeitskraft der Lehrlinge, die oft nur scheinbar ausgebildet werden, ist leicht sichtbar zu machen; da sie sich noch am wenigsten in Familie und Beruf integriert haben, ist die spontane Politisierung bei ihnen am weitesten fortgeschritten. Ihre Selbstorganisation erfolgt in Basisgruppen an den Berufsschulen, in denen auch am einfachsten Aktionen gemacht werden können. Das muß verbunden werden mit Basisgruppen in den Lehrlingswerkstätten, wobei aber eine Polarisierung gegenüber den älteren Arbeitern vermieden werden muß.



5. Die gesellschaftlichen Widersprüche werden nicht nur in den Herrschaftsverhältnissen im Betrieb, sondern auch auf der Reproduktionsebene sichtbar. Deshalb muß der Kampf in den Betrieben durch den der lokalen Basisgruppen ergänzt werden, die in den Stadtvierteln Reproduktionsprobleme (Mieten, Kindergärten, Jugend- und Lehrheime, Verfolgung durch die Justiz usw.) aufgreifen und feste Kerne in Aktionen bilden. Zudem können in den lokalen Basisgruppen Arbeiter, die in Kleinbetrieben arbeiten oder in ihrem Betrieb noch isoliert sind, zusammenarbeiten und ausgebildet werden. Personell können sich Betriebs- und lokale Basisgruppen überschneiden, was ein Auseinanderfallen der Politik innerhalb und außerhalb des Betriebs verhindern kann. Da mit zunehmender Politisierung den jungen Arbeitern die Entfaltung in der Familie unmöglich gemacht wird, können sie in Wohngemeinschaften, die zugleich politische Arbeitsgruppen sein müssen, zusammenziehen.

6. Eine solche Politik stellt folgende Anforderungen an die Organisation:

- Bisher fand das antiautoritäre Bewußtsein sein Korrelat in autistischen Tendenzen in der Organisation. Die Aufhebung dieser autistischen Tendenzen ist die Voraussetzung für die Einsicht in die Notwendigkeit der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung.
- Da die Politik der Basisgruppen betriebs- bzw. stadtteilpezifisch ist, kann sie nicht von einer Zentrale dirigiert werden. Sie setzt Dezentralisierung voraus.
- Durch die Dezentralisierung entsteht die Gefahr der Handwerkerlei der isoliert voneinander arbeitenden Basisgruppen, die ständig Gefahr laufen, in eine reformistische oder terroristische Politik zurückzufallen. Das ist nur zu verhindern durch

die inhaltliche Verbindlichkeit, die nur in zentrale Diskussion und in regelmäßigen gemeinsamen MVs der Basisgruppen hergestellt werden kann.

- Die Betriebsprojektgruppen des SDS haben Kaderfunktion. In ihnen muß die Ausbildung der Basisgruppen und Studenten, die die Betriebsarbeit aufnehmen, geleistet werden. Um langfristig die Wissenschaft in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen, müssen Teile der Betriebsprojektgruppe auch in den Seminaren und Institutsgruppen arbeiten. Die technische und organisatorische Vorbereitung von Kampagnen muß ebenfalls von den BPGs geleistet werden.
- Um die Handwerkerlei wirklich zu bekämpfen, muß sie überregional bekämpft werden. Das kann zunächst nur durch überregionale Arbeiterzeitungen geschehen, die die allgemeinpolitischen Auseinandersetzungen mit den Kämpfen in den Betrieben verbinden und die Betriebsarbeit selber an Hand von exemplarischen Fällen koordinieren müssen. Dazu ist der Aufbau eines überregionalen Informations- und Verteilernetzes notwendig.

Die Avantgarde erhält ihre jenseits der „Bereiche“ liegende Funktion durch die organisatorische Vermittlung der Politik an der Hochschule und der Betriebspolitik, d. h. daß die Politik an der Hochschule nicht schlicht in Dienst der Betriebspolitik gestellt werden kann, daß sich jedoch aus der notwendigen Rekonstruktion der Arbeiterbewegung klare Kriterien für Richtung und Ziel der Mobilisierung der Studenten ergeben. Die Studentenbewegung kann nicht als Avantgarde der Arbeiterbewegung verstanden werden, vielmehr kann sie nur dann zu einem wirksamen Angriff auf die Staatsmacht geführt werden, wenn der SDS seine Politik nicht aus den unmittelbaren Interessen der Studenten ableitet, sondern die notwendige Bedingung der sozialistischen Revolution, die Mobilisierung der Arbeiterklasse zum Kriterium der Beurteilung der Interessen der Studenten macht. Die Universität kann nicht insgesamt zu einer Betriebsprojektgruppe werden.

Mit der Einführung der technokratischen Hochschulreform entstehen für die Hochschulpolitik des SDS Schwierigkeiten. Die technokratische Hochschulreform ist eine immanente Notwendigkeit des organisierten Kapitalismus, die durch die Studentenbewegung nicht verhindert werden kann. Ähnlich wie für den Kampf gegen die Notstandsgesetze gilt hier, daß der Kampf gegen die technokratische Hochschulreform weniger auf deren Verhinderung als darauf gerichtet sein muß, das Potential zu erweitern, das den Widerstand gegen die totale Funktionalisierung der Wissenschaft für die Bedürfnisse des Kapitals leisten wird. Der Kampf gegen diese immanente Notwendige Entwicklung und der Widerstand gegen die mit ihr zusammenhängenden autoritären Arbeitsformen in der Universität können in Verbindung mit der Betriebsarbeit, die im Bereich der Produktion den Kampf um die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse beginnt, eine langfristige Perspektive erhalten.

Die „Revolutionierung der Berufspraxis“ — zu der Strategie des SDS hochstilisiert — ist zum reformistischen Scheitern verurteilt. Die Syndikalisierung der akademischen Berufe erhält ihre Relevanz lediglich innerhalb einer Strategie der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung.

„Die Mark, inzwischen fast 21 Jahre alt, bleibt der lachende Sieger“, meldet BILD am 10. 5. 1969. Bei diesem Sieg ist es jedoch Blessing, 100 Professoren (endlich mal Professoren, die sich engagieren!), der rechts-liberalen FAZ sowie dem „Handelsblatt“, das „aus der Sicht des arbeitenden Menschen berichtet“, reichlich mulmig zumute. Das sind Herren, deren Gedächtnis noch einige Jahrzehnte zurückreicht, und die ein Schüttelfrost überfällt, wenn sie lesen: „PARIS: DIE DEUTSCHEN ERKLÄREN UNS DEN WÄHRUNGSKRIEG“ (FAZ 12. 5.) sowie: „WASHINGTON: EST-CE UNE DECLARATION DE GUERRE MONETAIRE?“ (Le Monde 12. 5.). Die Herren fragen sich besorgt: Sind wir denn wirklich schon wieder so stark?

Da ist BILD-Chef Peter Boenisch Gott sei Dank aus anderem Holz geschnitzt: „Das Ausland ist ziemlich böse“, schreibt er, und weiter: „Wen wundert das?“ Ihn nicht, er sagt es frei von der Leber weg: „Deutschland hat aufgehört, Europas Musterknebe zu sein.“ (11. 5.) Was die „Auslandspreße“ schreibt, ist ihm egal, und „die Stärke UNSERER Wirtschaft“ ist ihm „wichtiger als UNSER guter Ruf“ (sic). Außerdem meint er, „niemand sollte von UNS erwarten, daß WIR, ganz alleine WIR, die Fehler bezahlen, die Englands und Frankreichs Regierungen, die Englands und Frankreichs streikende Arbeiter gemacht haben.“

Aha. Je nun, wer sollte auch so etwas von EUCH erwarten, von EUCH ganz alleine. Was IHR allerdings erwartet, ist, daß Englands und Frankreichs (arbeitende oder streikende) Arbeiter EUCH EURE Autos, EURE Radios, EURE Kameras, EURE Kühlschränke, EURE Plastikbadwannen etc. abkaufen. Was IHR erwartet, ist, daß sie das ewig weitertun, auch wenn IHR die

englischen und französischen Betriebe kaputt und die Arbeiter arbeitslos gemacht habt. Ja, da nimmt IHR EUCH wie in EUREN schnellen Wagen auf EUREN Autobahnen: wehe, wenn ein kleiner vor EUREM Lichtscheiter sich nicht sofort verzieht. Nein, wirklich, von EUCH wird niemand erwarten, daß IHR auf EURE PROFITE verzichtet, IHR „im knallharten Wettbewerb stehenden“ Industriekapitäne (Boenisch).



Soweit, so gut. Die deutschen Industriekapitäne wollen mit ihren „Partnern“ keine Kompromisse mehr schließen, sie wollen sie schlicht knock out schlagen. Aber etwas sensible Leute (wie Schiller und seine 100 Professoren, darunter auch Christian Watrin) fürchten, daß unsere „Partner“ sich das nicht bieten lassen werden. Also stehen uns harte Zeiten mit unserer harten Mark bevor — BILD kann das allerdings nicht erschüttern, es titelt vorsorglich am 12. 5.: „Das Wichtigste, wenn ich in Bonn Minister wäre: stabile Preise.“ Dieser Titel steht nur da wegen der Untertitel: „WICHTIGER ALS

Zum AStA-teach-in Nr. 6

Wer eine wirksame Strategie gegen das tendenziell faschistische Hochschulgesetz erarbeiten will, muß die Ziele der Herrschenden kennen, muß wissen, in wessen Interesse SPD-Kühn im Landtag und CDU-Biedenkopf an der Universität handeln. Nur bei genauer Kenntnis der Ziele der Herrschenden werden wir ihre Taktik durchschauen können, werden wir nicht auf jedes beliebige Zuckerbrot hereinfallen.

Bei allen Unterschieden der SPD- und der CDU-Politik ist ihnen eines gemeinsam: Ruhe und Ordnung für einen ruhigen und ordentlichen Wahlkampf, wobei die SPD-Führung bemüht ist, sich als besserer Vertreter der Interessen der Monopole anzubiedern. Beide erkennen ein Hochschulgesetz, das den formalen Rahmen für eine Hochschule abgibt, die völlig für die Interessen der mächtigsten Unternehmer arbeitet und forscht. Die im Hochschulgesetz angestrebte Auflösung der Studentenschaft, das geplante Ordnungsrecht und die Einführung eines Studienjahres sind lediglich Mittel; das Ziel wird deutlich in der Einführung eines Kuratoriums, das den direkten Einfluß der Großunternehmen auf die Universität garantiert.

Dieses Hochschulgesetz ist nur zu Fall zu bringen, wenn jedem Studenten die Bedrohung durch dieses Gesetz sichtbar gemacht werden kann. Das ist aber nicht mehr möglich, wenn statt auf den Kampf gegen das Hochschulgesetz auf Verhandlungen auf Uni-Ebene orientiert wird. Genau das aber machte der AStA auf der letzten Vollversammlung.

Wer diese Ziele der Herrschenden durchschaut hat, kann versteinern.

Röntgenwagen

Gut koordiniert war zu diesem Semester die Zusammenarbeit von Gesundheitsdienst und Universitätsbehörde. Am 9. Mai lief die Rematrikulationsfrist ab, zu der die Erst-, Fünft- und Neuntsemester eine Röntgenbescheinigung vorzulegen hatten. Der Röntgenwagen traf dagegen erst am 12. Mai ein. Wer es also versäumt hatte, sich zu Beginn des Wintersemesters röntgen zu lassen, zahlte beim Gesundheitsamt 15 DM, um sich rechtzeitig zurückmelden zu können. Säumlige Rückmelder hätten sogar 20 DM Strafe zahlen müssen.

Olympia
Schreibmaschinen
Sonderangebote, Miete, Mietkauf
WYWIAS-Bochum-Südring 19

ARBEITSPLATZ - SICHERUNG; WICHTIGER ALS LOHN- UND LEBENSSTANDARD.

Nanu, lieber Peter Boenisch, bei allem Respekt vor DEINER mehr als 10jährigen BILDungsarbeit; aber ob du da nicht doch zu deutlich geworden bist. Ob die Arbeiter nicht am Ende doch verstehen, daß nicht von DEINEM, sondern von ihrem eigenen Arbeitsplatz die Rede ist?

Dem Wort „Faschismus“ geht es wie dem Dollar: es zeigt stark inflationäre Tendenzen. Auch in dieser Zeitung (BSZ) wurde es manches Mal ohne Deckung verausgabt. Auf seinen soliden Gehalt hin abgewertet, bedeutet es kurz und bündig:

DIE OFFEN ANTIPROLETARISCHE DIKTATUR DER BOURGEOISIE MITTELS JURISTISCH ABGESICHERTER GEWALT.

Der Faschismus braucht:
1. einen „starken Mann“. Er wird von BILD in Gestalt des Franz Josef Strauß aufgebaut (BILD am 6. 5.: „GEHT: CHARLES DE GAULLE — KOMMT: FRANZ JOSEF STRAUSS“).

2. eine zu allem bereite und zu allem fähige Sturmabteilung. Dazu ohne Kommentar folgende Fakten: einst wollte ein Benda die NPD verbieten; dann verhandelte jedoch Strauß bei der Präsidentenwahl in Westberlin (nach Aussage Thaddens) mit eben derselben NPD, um ihre Stimmen zu erhalten; danach durfte der Benda die NPD nicht mehr verbieten; BILD, das ehem „gegen“ die NPD war, schreibt neuerlich (im Gegensatz zur gesamten bürgerlichen Presse) zum Stuttgarter NPD-Parteitag... nichts; man darf erwarten, daß die NPD in naher Zukunft in BILD in „neuem Licht“ Urständig feiern wird, wäre sie doch mit jedem Satz von Peter Boenisch einverstanden.

Wichtig für alle Studenten der Universität Bochum / Essen

Die DebeKa, Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit, bietet den notwendigen Lebensversicherungsschutz in jeder gewünschten Form. Durch den Abschluß einer DebeKa-Lebensversicherung kann nicht nur eine wünschenswerte Vorsorge für die Familienangehörigen, sondern auch eine ausreichende zusätzliche Alterssicherung — Auszahlung der Versicherungssumme bei Erreichung eines bestimmten Lebensalters — getroffen werden. Die DebeKa hat inzwischen einen Versicherungssummenbestand von fast 2 Milliarden DM erreicht.

Mit ihrem leicht überschaubaren Gewinnsystem hat die DebeKa etwas Besonderes zu bieten. Schon für das zweite, bei Laufzeiten von mehr als 25 Jahren für das dritte Versicherungsjahr werden hohe Gewinnsätze gewährt.

DebeKa
Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Hauptverwaltung: 54 Koblenz, Südallee 15-19
Bezirksverwaltung: 46 Dortmund-Marten, Haumannstraße 16
Weitere Bezirksverwaltungen in allen größeren Städten des Bundesgebietes

Wahlen zum SP

Das Studentenparlament setzte den Wahltermin für das 3. Studentenparlament auf die Tage vom 30. Juni bis 2. Juli fest! Für alle diejenigen, die sich an der Wahl beteiligen wollen, gelten folgende Bedingungen:

- I. Wahlgemeinschaften:**
Wahlgemeinschaften, die an der Wahl teilnehmen wollen, müssen als erste Voraussetzung erfüllen: Einreichung eines Antrages auf Anerkennung als Wahlgemeinschaft beim Wahlausschuß bis spätestens Fr. 6. 6. 69, 18 Uhr s. t. Dem einfachen schriftlichen Antrag auf Anerkennung sind beizufügen:
a) ein Programm hinsichtlich der im § 3 der Satzung der Studentenschaft an der RUB genannten Aufgabenbereiche der Studentenschaft;
b) die Satzung der Wahlgemeinschaft;
c) Angaben über die derzeitige personelle Zusammensetzung des Vorstandes der Wahlgemeinschaft.

Der Wahlausschuß entscheidet in öffentlicher Sitzung über die Zulassung zur Wahl am Dienstag, dem 10. 6. 1969, 18 Uhr, Baracke 8, Zimmer 9. **Wahllisten der Wahlgemeinschaften** müssen von 50 Wahlberechtigten persönlich handschriftlich unterzeichnet sein. Die Wahllisten müssen mindestens 5 Bewerber enthalten. Die Wahllisten müssen außerdem enthalten: die Namen der einreichenden Wahlgemeinschaft, Familienname, Rufname, Studienrichtung, Geburtstag, Geburtsort, Wohnort und Wohnung der Bewerber (Formblätter beim Wahlausschuß). Der Wahlliste sind beizufügen:

1. Erklärungen der vorgeschlagenen Bewerber auf Formblatt (beim Wahlausschuß erhältlich), daß sie ihrer Aufstellung zustimmen und für keine andere Wahlliste ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerber gegeben haben;
 2. eine Immatrikulationsbescheinigung jedes Bewerbers;
 3. eine Abschrift des Wahlprotokolls der Wahlgemeinschaft. Aus dem Wahlprotokoll muß hervorgehen, daß die Wahl der Kandidaten geheim erfolgt ist;
 4. die Namen der Bewerber müssen in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sein;
 5. die Wahllisten sind beim Wahlleiter spätestens Montag 9. 6. 1969, 18 Uhr s. t. schriftlich einzureichen.
- Die Entscheidung über die Zulassung von Wahllisten erfolgt Di., 10. 6. 69, 18 Uhr. Die Bekanntgabe der zugelassenen Wahlgemeinschaften ist Mo., 16. 6. 69.

II. Direktkandidaten:
Jeder immatrikulierte Student kann in der Abteilung, in der er hauptsächlich studiert, direkt für das SP kandidieren. Bis Mo., 9. 6. 69, 18 Uhr s. t. muß sich ein Direktkandidat beim Wahlausschuß angemeldet haben. Der Anmeldung sind eine Immatrikulationsbescheinigung des Kandidaten sowie 20 Unterschriften mit Matr. Nummern von Studierenden aus derselben Abteilung des Kandidaten beizufügen (Formblätter beim Wahlausschuß). Die Kandidaten müssen angeben, ob sie zu einer Wahlgemeinschaft gehören.

Ein Paßbild des Kandidaten für die Wahlliste ist erwünscht.

Bernadette Reimann
Wahlleiterin

Brille (zu 70 Prozent getönt) in Etui in AI am Mittw., 21. 5., um 15h liegengelassen.
Belohnung winkt!
Bitte beim Pförtner in IB oder bei H. Risse, Stiepel, Auf dem Schrick 17a, Tel. 49 12 70, abgeben.

Mensa-Report: Hier eines der inzwischen eingegangenen Gedichte zum Thema „Über die Kunst, deutsche Erdäpfel tief zu kühlen“.

- Als Preise winken: 1. Eine Woche kostenlos Eintopf 2. Eine Woche kostenlos das Essen zu 1,30 DM 3. Eine Woche kostenlos das Essen zu 2 DM.

Palmström in der Mensa

(Frei nach Christian Morgenstern)

Palmström wartet stehend auf sein Essen und schaut sehnsüchtig nach droben. Oh, wer kann sein Glück eressen, als er endlich, endlich oben!

Doch da, er wagt ja nicht hineinzubeißen... Er gehört zu jenen Käuzen, die oft unvermittelt-nackt Ehrfurcht vor Kartoffeln packt.

Zärtlich legt er da zusammen, was er eben erst entbreitet. Und kein Mensakenner wird verdammen, daß er ungenährt entschreitet...

B. K.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN trispher Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar unzerbrechlich Hagemann BRILLEN SÜDRING 20



Geschafft!

Das Studium liegt hinter ihm. Morgen holt er die Exmatrikel. Dann beginnt der Existenzkampf. Einen zuverlässigen Partner hat er schon: die DKV.

Ja, Europas größte Privat-Krankenversicherung steht dem jungen Akademiker zur Seite. Im nahtlosen Anschluß an die Studentische Krankenversorgung. Ohne Wartezeiten. Dazu Privatpatient mit allen Annehmlichkeiten.

Conditio sine qua non: der nahtlose Anschluß ist termingebunden. Zwei Monate nach der Exmatrikulation muß er über die Bühne sein!

Wenn Sie schon während des Studiums besondere Krankenversicherungs-Wünsche haben - z.B. eine Krankenhaustagegeld-Versicherung - zitiieren Sie bitte den DKV-Studentenberater. Bei der nächsten DKV-Filiale. (Im Telefonbuch leicht zu finden.)



CUTE Besserung mit der DKV DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G. Filialdirektion Bochum - Kortumstr. 66 Tel. 60546-48

Loewe ADOLF LOEWE Büromaschinen · Möbel · Organisation Bochum · Kortumstraße 95 · Ruf 1 60 41

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM Hans Schalla Spielplan für die Zeit vom 29. Mai bis 15. Juni 1969. Includes plays like Romeo und Julia, Martha (G), etc.

Ingenieurstudenten kämpfen weiter

trotz Drohung von Industrie und Kultusbürokratie

„Streikende Studenten einberufen?“ „Streikende Studenten sollten zur Bundeswehr!“ — so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse in der letzten Woche.

Was war geschehen? Die Ministerialbürokratie hatte sich einmal etwas „Neues“ einfallen lassen, um der aufmüpfigen Ingenieurstudenten Herr zu werden: Sie hatte sinigerweise die streikenden Studenten als „Nicht-mehr-Studierende“ eingestuft, womit ihr die „legale“ Handhabe gegeben war, einigen der streikenden Studenten blaue Briefchen ins Haus flattern zu lassen. Womit wieder einmal bewiesen war, daß die Maßnahmen der französischen Staatsbürokratie und der „patrons“ durchaus einsichtig für die Herren deutscher Couleur sind: hatte man doch in Frankreich nach den Maaireignissen viele linke Studenten zum Militär eingezogen.

Aber das war nur der eine taktische Schachzug der herrschenden Strategen: Der zweite dürfte weit mehr Auswirkungen und Konsequenzen für den Kampf der Ingenieurstudenten mit sich bringen: nämlich der Entzug der Stipendien, den die Post schon vollzogen hat mit gleichzeitiger Weisung an Industriebetriebe (z. B. in Berlin), keine Studenten der Postakademie mehr einzustellen.

Wenn man sich einmal vor Augen führt, daß die Ingenieurstudenten zu 95 Prozent aus sozialen Schichten kommen, denen der Zutritt zu den Universitäten weitgehend verwehrt ist, daß sie sich

also zwangsläufig in Abhängigkeit begeben müssen, um beruflich weiterzukommen, so kann man sich einigermaßen vorstellen, mit welchen Mitteln die Herrschenden zu operieren gewillt sind.

So haben z. B. 40 Prozent der Bochumer Ingenieurstudenten Industriestipendien, 40 Prozent bekommen eine Art Honnef und 15 Prozent „Honnef“ plus Industriezulagen. Außerdem sind die Verträge mit der Industrie zum Großteil so abgeschlossen worden, daß die Studenten sofort zur Rückzahlung gezwungen werden können. „Theoretisch“ sieht das so aus, daß ein Student im sechsten Semester innerhalb von 14 Tagen gezwungen werden kann, den gesamten Stipendienbetrag zurückzahlen. Das wären immerhin hübsche 15 000 D-Mark.

Daß die Industrie die Geschütze noch nicht aufgefahren hat, beweist noch lange nicht, daß sie dies eines Tages nicht doch tun wird.

Hinzukommt, daß die Träger von Ingenieurschulen sehr oft die Stipendienggeber sind. Daß sich der Träger dann einen anderen Namen gibt, versteht sich von selbst. Nach diesen Beispielen dürfte es dann „kaum“ noch ins Gewicht fallen, daß 50 Prozent der Ingenieurstudenten verheiratet sind und sehr oft den zweiten Bildungsweg hinter sich haben.

Diese materiellen Druckmittel haben sehr starken Einfluß gehabt auf den bisherigen Kampf der Ingenieurstudenten. Zum einen mußten die ASTAs z. T. sehr refor-

mistisch vorgehen, um überhaupt eine Massenbasis gewinnen zu können, zum anderen fehlte Aufklärung und Agitation von seiten der sozialistischen und demokratischen Universitätsstudenten fast ganz. So wiederholten die Ingenieurstudenten fast alle Fehler, die die Universitätsstudenten schon gemacht hatten:

Viele glaubten, Petitionen und Protestmärsche könnten an ihrer Lage etwas ändern. Die Herrschenden nutzten diesen Glauben dahingehend, daß sie angaben, sie würden die Interessen der Ingenieurstudenten unterstützen, so z. B. in der Frage der Anerkennung der deutschen Ingenieure im EWG-Raum, ohne jedoch in irgendeiner Weise tatsächlich etwas für sie getan zu haben: Immer wieder war den Studenten versprochen worden, daß man entsprechende Maßnahmen für sie bei den EWG-Kommissionen vertreten und durchsetzen werde, so z. B. auch in bezug auf das Akademiegesezetz 1968. Was jedoch geschah, war nichts, nur neue Verlautbarungen und Versprechungen. Bis heute sind keine schriftlichen Zusagen bei den ASTAs eingegangen, daß sie im EWG-Raum anerkannt seien.

Daß trotz alledem die Ingenieurstudenten heute zu Tausenden streiken, zeigt, daß sie gewillt sind, lieber jetzt den Kampf aufzunehmen — mit allen damit verbundenen Risiken — anstatt später dem Staat und der Industrie billige Arbeitskräfte zu liefern.

Aufruf

Alle Direktkandidaten und Spitzenkandidaten der Listen geben bitte ein Paßbild bei der BSZ-Redaktion für die Wahl-Nummer ab. Letzter Termin: 9. Juni 1969, 17.00 Uhr.

Hexenjäger

Neue Inquisitionswelle durch Professor für ev. Theologie eingeleitet! Auch die ev. Kirche braucht ihre Inquisition!

Der Prorektor der Ruhruniversität, Prof. D. (theol. h. c.) H. Greeven, der den Studenten nicht nur als ehemaliger Rektor kein Unbekannter ist: „Wann diskutiert wird, bestimme ich! (Senats-go-in, Anfang 1968) und: „Ich zähle bis drei und dann seid Ihr draußen!“ (Vorlesungsboykott anlässlich der Ruhraktion gegen die Notstandsgesetzgebung, Mai 1968) hat nun eine neue Aufgabe gefunden. Er setzt sich mit all seinen Kräften für eine Restauration mittelalterlicher Traditionen ein (Inquisition etc.). Sein Freund, Hans Thimme, u. a. Präses der westfälischen Kirche, hat ihn für würdig gefunden, bei dem Lehrgespräch mit der Pastorin Rueddes, die die Kindertaufe ablehnt, den Vorsitz zu führen. Das Lehrgespräch leitet das Verfahren „bei der Beanstandung der Lehre ordinierten Diener am Wort ein“. Herr Greeven setzt seinen persönlichen Ehrgeiz ein, um das Lehrgespräch fair zu gestalten. Diese lobende Absicht gab er der staunenden Menge am 23. 5. 69 in der Bochumer Sozial-

Aufgaben zur Zwischenprüfung SS 69 / Neugermanistik (Alte Form)

NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND e.V. BOCHUM

DIE SCHLAGZEILE

- „Rußland besetzt die Tschechoslawakei“ „In Griechenland droht Tyrannei“ „Gewerkschaftsbund für NPD-Verbot“ „Straffrei die Liebe Mann zu Mann“ „In Biafra herrscht die Hungersnot“ „Die SPD verlangt ein NPD-Verbot“ „In Palästina wird gekämpft“ „Der Wirtschaftsoptimismus ist gedämpft“ „Demonstration der APO: Fahnen rot“ „Die CDU für NPD-Verbot“ „Finanzminister Strauß für Schulden“ „Justizminister rät: die KPD erdulden“ „Der Dollar schwankt — Weltwährungskrise droht“ „Minister Benda ist für NPD-Verbot“ „Schüler für Unterricht in freier Liebe“ „Rakete weg! — Man hat die Diebe“ „Rektor von Studenten hart bedroht“ „Fünf Professoren fordern NPD-Verbot“ „Die Kriminalität steigt weiter“ „Studentin im Gerichtssaal ohne Kleider“ „Die Jugend ist besonders stark verrotzt“ „Die Polizeigewerkschaft ist für NPD-Verbot“ „Der Bauer soll den Hof verlassen“ „Herr Gerstenmaier schröpft die Bundeskassen“ „Die Kirchen bitten für die Welt um Brot“ „IG Metall für NPD-Verbot“ „Das deutsche Volk ist staatsverdrossen“ „Ein Raumschiff auf den Mond geschossen“ „Per Sprechfunk meldet der Pilot“ „Das Mondkalb fordert NPD-Verbot“ „Breschnew droht mit den Raketen“ „Wehner will Pensionsmoneten“ „Das Bundeskabinett in Not: Es gibt KEIN NPD-Verbot“

Herausgeber: Nationaldemokratischer Hochschulbund NHB e. V. Hochschulgruppe Bochum Bochum, Postfach 441

mit freundlicher Genehmigung des Monatsmagazins NATION EUROPA, 863 Coburg — Postfach 670

NHB NHB

LESEN SIE DIE MONATSSCHRIFT DER INTELEKTUELLEN RECHTEN „NATION EUROPA“

Interpretation: Das Gedicht besteht aus 9 je vierzeiligen Strophen mit dem Reimschema aa bb / cc bb usw. Als rhythmische Grundfigur wird man den alternierenden Vierheber (z. B. 8. Strophe, 1. Zeile) ansehen dürfen; im übrigen herrscht Senkungsfreiheit wie im Knittelvers (1). Die Kadenz sind in den jeweils letzten Zeilen durchgehend stumpf, in den jeweils ersten Zeilen zuweilen stumpf, zuweilen klingend (z. B. 4. Strophe). Die jeweils vierte Zeile endet mit einem leitmotivartig wiederholten Reim „NPD-

Verbot“, der dem Schlußvers Refrain-Charakter verleiht (2). Dadurch ergibt sich für die jeweils dritte Zeile eine äußerst kunstvolle ghaselenartige Reimreihe, die die technische Fertigkeit des Dichters besonders schön zur Geltung bringt. Die reichen Reime auf -rot sind besonders bemerkenswert; hier evociert in meisterhafter Weise der lautliche Gleichklang die Parallelität der Bedeutungen „rot“ — „(ver-)roht“. Dieser Reim ist zweifellos der Höhepunkt des Gedichtes (3).

P.S.: Warum diese Farce? Weil solch eine Farce Hunderten von Germanisten als Ernst verkauft wird! Weil man damit die „Zwischenprüfung bestehen“ kann! Weil das schließlich alles ist, was die Hochschulgermanistik einem Studenten an antifaschistischem Bewußtsein vermittelt!

Studenten kaufen Tabak · Zeitungen Spirituosen und Lebensmittel in ihrer Trinkhalle Kotthoff (an der Mensa) Im Ausschank: Coca Cola, Fanta eiskalt

ORIGINAL-AMERIKANISCHER PFEIFENTABAK WIRD IN DEUTSCHLAND HERGESTELLT DURCH ZOLLERSPARNIS NUR 2.50 DM RUM and MAPLE Gratisspröchen-PLANTA-Berlin 61

Das Druckhaus für anspruchsvolle Kunden Druckhaus Schürmann & Klagges Bochum Hans-Böckler-Straße 12-16 Ruf 160 81 -83

20 Jahre



Grundgesetz

schule bekannt. Diese Versicherung war für die Pfarrer, deren Antrag, zwei von ihnen als Zuhörer zum Lehrgespräch zuzulassen, Herr Greeven zurückgewiesen hatte, ein schlechter Trost. Zum Sinn des Lehrgesprächs äußerte sich Herr Greeven unverschiebter. „Vor jeder Scheidung gibt es einen Sühnetermin.“ (Sozialschule, 23. 5.) Daß die Öffentlichkeit (Presse etc.) so sehr an diesem Lehrgespräch interessiert war, war Herrn Greeven sichtlich unangenehm. Er hatte schon vorher Plakate in der Abteilung I (Zerschlagte die Kirchenbürokratie. Helft Frau Rueddes.) mit der Bitte, den Versuch einer Verständigung mit Frau Rueddes nicht zu stören, überkleben lassen. Das Lehrgespräch führte trotz eifriger Bemühens von Herrn Greeven bis jetzt zu keinem Ergebnis. Aus Angst vor der Öffentlichkeit wurde für den 3. Akt ein anderer Ort (Querenburger Str., gegenüber vom Aral-Haus, 31. 5. 69, 8.30 Uhr) gewählt. Kommt und stört dieses Treffen!

VW 1200, Baujahr 1961 50 000 km gelaufen, 34 PS Schiebedach günstig zu verkaufen. Besichtigung bei Heinz Ebers Bochum-Werne Walbaum 12

wywis Schreibmaschinen Billige Sonderangebote Bochum Südring 19

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität Redaktion: Stefan Bock, Klaus Dillmann, Norbert Otto Anzeigenleitung: Christine Schipplack Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität) Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum, Nr. 720 666; Westfalenbank AG, Bochum, Nr. 90 685 9 Auflage: 8000 Exemplare Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16 Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum, im Studentenerwerb Bochum e. V., 463 Bochum, Lennershofstr. 66, Tel. 51 14 57 und 399 3112.